

Warten auf Gerechtigkeit

Langsam treffen die Leute aus den verschiedenen Dörfern ein. Sie sind festlich gekleidet und beginnen miteinander zu reden. Erst zurückhaltend, dann ist ab und zu ein Lachen zu hören. Es ist früh am Morgen und die Sonne scheint. Immer mehr Menschen versammeln sich in der Stadt Nebaj und halten ihre Transparente bereit. Der Grund für die Zusammenkunft ist für viele Anwesenden jedoch kein freudiger Anlass. Es ist der 25. Februar, der Tag, an dem mit einem Gedenkmarsch der zahlreichen Opfer der Massaker gedacht wird, die während des internen bewaffneten Konflikts in Guatemala stattgefunden haben. Auf einem der Schilder steht: „In der Region Ixil gab es Genozid!“

Während sich die Menschenmenge langsam in Bewegung setzt und durch die Strassen von Nebaj zieht, beobachte ich die Ereignisse und laufe mit etwas Abstand mit. Ich trage eine grüne Weste, die mich als internationale Menschenrechtsbeobachterin kennzeichnet. Ein Jeep führt die Gruppe an, ausgestattet mit zwei grossen Lautsprechern. Während wir weiterlaufen, spricht ein Redner von den Gräueltaten, die während des internen bewaffneten Konflikts unter den damaligen Machthabern Fernando Romeo Lucas García und Efraín Ríos Montt Anfang der 80er Jahre an der Volksgruppe Maya Ixil verübt wurden. Unzählige Familien erlitten den Verlust von mehreren Mitgliedern, Hunderte bleiben bis heute spurlos verschwunden und viele Frauen wurden Opfer sexueller Gewalt. Der Redner, ein Menschenrechtverteidiger, fordert Gerechtigkeit für die Betroffenen: „Am 25. Februar des nächsten Jahres müsst ihr wieder hier sein, damit die Regierung die Wiedergutmachung für die Opfer erfüllt.“ Der Anlass gleicht eher einer Kundgebung.

Die Begleitung des Gedenkmarsches ist nur einer von vielen Einsätzen, die ich als Menschenrechtsbeobachterin für Peace Watch Switzerland in Guatemala leiste. Peace Watch entsendet Freiwillige in Konfliktgebiete und koordiniert die Begleiteinsätze der MenschenrechtsbegleiterInnen mit der Partnerorganisation Acoguate in Guatemala. Acoguate begleitet Organisationen und Personen, die sich gewaltfrei für die Einhaltung der Menschenrechte und gegen die Straflosigkeit einsetzen. Ziel der internationalen Präsenz ist die Abschreckung potenzieller Aggressoren. Durch die Anwesenheit der MenschenrechtsbegleiterInnen wird den MenschenrechtsverteidigerInnen der Rücken freigehalten. Mit der Beobachtung und Dokumentation wird der Druck auf staatliche Instanzen erhöht, Übergriffe werden gemeldet und die juristische Aufarbeitung der Fälle vorangetrieben.

Seit fast drei Monaten bin ich nun als Menschenrechtsbeobachterin in der Region Ixil unterwegs, dem Teil des Landes, der besonders stark vom internen bewaffneten Konflikt betroffen war. In der Regierungszeit von Ríos Montt zwischen März 1982 – August 1983 wurden 1771 Menschen der indigenen Volksgruppe der Maya Ixil getötet. Ein gezielt geplanter Genozid des guatemalteckischen Militärs.

Mit Spannung wurde Anfang Januar die Wiederaufnahme des Prozesses gegen Efraín Ríos Montt und den ehemaligen Chef des militärischen Geheimdienstes, Mauricio Rodríguez Sanchez, erwartet. Ríos Montt war im Mai 2013 zu 80 Jahren Gefängnis wegen Genozids und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt worden, doch zehn Tage später wurde das historische Urteil wegen angeblicher juristischer Verfahrensfehler wieder aufgehoben. Nach Eröffnung der Debatte am 5. Januar 2015 erreichte die Verteidigung von Ríos Montt noch am gleichen Tag die Absetzung der vorsitzenden Richterin wegen Befangenheit. Damit ist das Verfahren erneut ausgesetzt worden.

Zusammen mit meiner Teampartnerin besuche ich die Zeuginnen und Zeugen des Völkermordprozesses in den Dörfern der Region Ixil. Das Aussetzen des Verfahrens scheint für viele keine Überraschung zu sein. Dennoch ist die Enttäuschung spürbar. Während der Besuche vertrauen uns einige ihre Geschichte an. Sie erzählen uns, wie sie jahrelang in den Wäldern gelebt haben, auf der Flucht vor den Soldaten und zivilen Patrouillen. Die Familienmitglieder getötet, die Häuser und

das Land niedergebrannt. Nachdem wir den Leuten erklären, was bei Gericht passiert ist, hören wir Worte wie: „Ich bin schon etwas verärgert. Aber wer weiss, was noch kommt. Wir sind hier und warten“. Schon wieder warten. Immer noch. Menschen, die ihre Familienmitglieder und ihren gesamten Besitz verloren haben, hoffen erneut darauf, dass ihnen Gerechtigkeit widerfährt.

„In diesem Land gibt es keine Sicherheit, keine Gleichheit, keinen Frieden und es gibt keine Gerechtigkeit. Das Gesetz wird nicht angewendet“, meint eine Zeugin. Damit findet sie treffende Worte für das korrupte System und die Verstrickungen von Justiz und Politik. Die Gesetze finden formalistisch zwar Anwendung, die Auslegung entspricht jedoch den Interessen der militärischen Elite, die alle möglichen Mittel anwendet, um ihre Machtposition zu stärken. Damit wird der Zugang zur Rechtsstaatlichkeit verunmöglicht. Die Strategie der Verteidigung von Ríos Montt scheint aufzugehen. Es werden jegliche juristischen Winkelzüge unternommen, um das Verfahren hinauszuzögern und damit eine erneute Verurteilung zu verhindern.

Während der Besuche in den Dörfern im Hochland, in dieser landschaftlichen Idylle, ist es kaum vorstellbar, dass ich in einer Region unterwegs bin, in der Menschen jahrelang verfolgt, gefoltert und getötet wurden. Sie wurden von ihrem Land vertrieben und müssen nun darum kämpfen, dass sie es wieder zurückbekommen. „Was wir wollen, ist Gerechtigkeit“, steht auf einem Schild am 25. Februar. Als Menschenrechtsbeobachterin stehe ich auf dem Gemeindeplatz in Nebaj und höre zu, wie die Zahl der Todesopfer jeder einzelnen Gemeinde heruntergelesen wird. Ein Mann sagt: „Wir sagen die Wahrheit und wir werden sie wieder erzählen. In Guatemala gab es Genozid!“

Ursula Kiener in der Flaschenpost des Ostschweizer Kulturmagazins «Saiten» vom April 2015